

Gemeindeautonomie und das Milizsystem stärken

Geschätzter Herr Präsident, Damen und Herren Regierung

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich spreche für eine knappe Mehrheit der Fraktion Die Mitte/EVP.

Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt den Motionären für diesen Vorstoss, welcher dazu auffordert, sich Gedanken zum zukünftigen Miteinander der Einwohnerinnen und Einwohner der Thurgauer Gemeinden anzustellen.

Der Regierungsrat zeigt in seiner Beantwortung auf, dass es für dieses Parlament aufgrund der Bundesverfassung und Beispielen anderer Kantonsverfassungen möglich wäre, für Ausländerinnen und Ausländer, über die Anpassung unserer Kantonsverfassung auf kommunaler Ebene das Stimm- und Wahlrecht möglich zu machen.

Weiter macht er sich Gedanken, ob dies die Stimmberechtigten der Thurgauer Gemeinden selber bestimmen sollen und ob dies nicht zu unerwünschten Nebenwirkungen führen könnte.

Unsere Fraktion ist grossmehrheitlich der Meinung, dass sie den Gemeinden eine Umsetzung zutrauen würde, obwohl ein erheblicher administrativen Aufwand befürchtet wird.

Aber bei der Thematik, ob wir diese Möglichkeit für Gemeinde zulassen wollen, ist eine Mehrheit der Fraktion der Meinung, dass eine Einbürgerung Grundlage für ein aktives Engagement in den Gemeinden sein soll. Zudem befürchtet man, dass es mit vielen individuellen Lösungen mehr Verwirrung als Klarheit gibt.

Ja, die aktive Beteiligung der Bevölkerung bei Gemeindeangelegenheiten nimmt wie fast überall ab. Diese mit der Öffnung für Ausländerinnen und Ausländer zu kompensieren, erachten wir nicht als zielführendes Argument.

In diesem Sinne ist eine Mehrheit der Fraktion für Nichterheblicherklärung dieser Motion.